

Washington News

Nr. 12 vom 28. März 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Spotlight: Section 232-Untersuchung auf Importe von Autos und Autoteilen**
- **USMCA Anhörung zu Arbeitnehmerrechten**
- **Gegenwind für Green New Deal im Kongress**
- **USA-Forum Hannover Messe: Erfolgreich in stürmischen Zeiten**
- **Klage gegen Stahlzölle abgelehnt**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Demokraten erneuern Kritik an Steuerreform**
- **Nominierung für Vorsitz des CFIUS**

Diese Woche in Washington

Die immer noch bestehenden Stahl- und Aluminiumzölle für kanadische und mexikanische Importe in die USA sorgen auch in dieser Woche für Spannungen im Rahmen der Gespräche zum NAFTA-Nachfolgeabkommen USMCA. Die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland machte am Montag nach einem Gespräch mit dem US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer erneut deutlich, dass die Chance auf eine zeitnahe Ratifizierung davon beeinträchtigt wäre, dass weiterhin Zölle auf Basis von Section 232 und Gegenmaßnahmen auf diese Zölle zwischen den USA und Kanada bestehen.

Mit Blick auf die Zustimmung im US-Kongress zu USMCA machte Präsident Trump am Dienstag bei einem Treffen mit republikanischen Mitgliedern des Repräsentantenhauses laut eines teilnehmenden Abgeordneten seine Absicht deutlich, schnell die nötige Mehrheit im Repräsentantenhaus zu erreichen - am besten noch vor der Sommerpause. Der Abgeordnete Vern Buchanan (R-FL) erklärte in diesem Zusammenhang, dass der Präsident für sein Vorhaben auch die Zustimmung von 30 demokratischen Abgeordneten benötigt, damit USMCA vom US Kongress bestätigt wird.

Eine weitere handelspolitische Priorität der Administration sind die anhaltenden Verhandlungen mit China. Der US-Finanzminister Steven Mnuchin und der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer sind am Donnerstag zu hochrangigen Gesprächen nach Peking aufgebrochen. Der chinesische Vize Premierminister Liu He wird am 3. April in Washington mit einer Handelsdelegation erwartet. Präsident Trump deutete an, dass die Gespräche mit der chinesischen Regierung Fortschritte machen, die US-Regierung aber weiterhin überlege, Zölle auch nach einer Einigung aufrechtzuerhalten, um sicherzustellen, dass mögliche Zusagen der chinesischen Seite auch eingehalten werden. (da)

Kurzmeldungen

Klage gegen Stahlzölle abgelehnt

Eine Klage eines Industrieverbands (*American Institute for International Steel*) und zweier Mitgliedsunternehmen zur Verfassungsmäßigkeit des Gebrauchs von Section 232-Zöllen durch den Präsidenten wurde am Montag vom *Court of International Trade* abgelehnt. Die Kläger hatten die weitgehende Kompetenzübertragung des Kongresses an den Präsidenten als nicht im Einklang mit der Verfassung kritisiert. Das *American Institute for International Steel* hat angekündigt, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen. (kw).

Spotlight: Section 232-Untersuchung auf Importe von Autos und Autoteilen

Mögliche Auto-Zölle sind auch in dieser Woche ein wichtiges Thema im Kongress. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Chuck Grassley (R-IA) hat die ersten Details seines geplanten [Gesetzentwurfs](#) zu *Section 232* bekannt gegeben. Der Gesetzentwurf sieht neue Konsultationen und Berichtspflichten vor. So würden die vom Präsidenten auferlegten Einfuhrbeschränkungen ohne eine Verlängerung vom Kongress nur auf eine bestimmte Zeit begrenzt werden. Der Gesetzentwurf würde auch ein transparenteres Ausnahmeverfahren schaffen. Grassley erwartet, dass sein Entwurf in den nächsten Wochen offiziell eingeführt wird.

Darüber hinaus fordern eine Reihe von Kongressmitgliedern die Veröffentlichung des *Section 232*-Berichts. Dies adressierten erneut eine Gruppe von Senatoren in einem [Brief](#) an den US-Handelsminister Wilbur Ross.

RGIT veranstaltete am 26. März gemeinsam mit dem *American Institute for Contemporary German Studies* (AICGS) eine Podiumsdiskussion zur Rolle der Automobilindustrie im internationalen Handel. Daniel Andrich, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, betonte in seiner Einführung die Bedeutung deutscher Unternehmen in den USA. Die 5.300 deutsche Tochterunternehmen sichern bis zu 700.000 Arbeitsplätze. Bernhard Mattes, Präsident des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA), zeigte die Leistungen der deutschen Automobilindustrie in den USA auf. 118.000 US-Amerikaner arbeiten an 300 Standorten der deutschen Automobilindustrie in den USA. Die deutsche Automobilindustrie hat gegenwärtig 30 Mrd. US\$ im US-amerikanischen Markt investiert und plant weitere 5 Mrd. US\$ an Investitionen für die kommenden Jahre. (ch)

USMCA Anhörung zu Arbeitnehmerrechten

Am Dienstag fand eine [Anhörung](#) zum Thema Durchsetzung von Arbeitsvorschriften im USMCA-Abkommen im Handelsunterausschuss des *House Ways and Means* Ausschusses statt. Arbeitnehmervertreter, unter anderem von der *American Federation of Labor & Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO), der Gewerkschaft *Politics and International Affairs Communications Workers of America* (CWA) und Vertreter des Think Tanks *Economic Policy Institute*, präsentierten Vorschläge für stärkere Durchsetzungsmaßnahmen von Arbeitsvorschriften, die US-Arbeitnehmer besser schützen könnten. Celeste Drake, Spezialistin für Handelspolitik beim AFL-CIO, kritisierte, dass die Möglichkeit zur Blockade von Streitbeilegungspanel auch im neuen USMCA existiere. Shane Larson, Direktor beim CWA, forderte sogar die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Verbesserung der Durchsetzungsmaßnahmen für Arbeitsvorschriften.

Der Vorsitzende des Unterausschusses Earl Blumenauer (D-OR) sprach sich dafür aus, dass das Kapitel zum Thema Arbeitsrecht im USMCA verbessert werden müsste. Die Regulierungen und auch deren Durchsetzung in diesem

STEUERN: Demokraten erneuern Kritik an Steuerreform

Am 27. März fand eine Anhörung zu den negativen Auswirkungen der Steuerreform im *Ways and Means*-Ausschuss statt. Der Vorsitzende Richard Neal (D-MA) bemängelte, dass durch die Reform nicht alle Steuerzahler gleichbehandelt würden. Er erneuerte die grundsätzliche Kritik vieler demokratischer Gesetzgeber, dass die Steuerreform den Familien der Mittelschicht nicht geholfen habe, während Unternehmen und die einkommensstarken Kreise massive Steuersenkungen erhalten hätten. Aufgrund der Steuerreform seien zudem die Kosten der Krankenversicherung erheblich gestiegen. Viele Millionen Amerikaner hätten ihre Krankenversicherung verloren, so Neal.

Der führende Republikaner des *Ways and Means*-Ausschusses, Kevin Brady (R-TX), warnte davor, dass eine mögliche Aufhebung der Steuerreform der US-Wirtschaft schade, Arbeitsplätze gefährde, Löhne reduziere und dazu führe, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. (ch)

Nominierung für Vorsitz des CFIUS

Das Weiße Haus hat [Thomas Peter Feddo](#)

Bereich seien schon in vorangegangenen Abkommen nicht ausreichend gewesen. Im mexikanischen Kongress soll bis zum 30. April ein Gesetzespaket zu Arbeitsreformen verabschiedet werden. Ob diese Reformen die Bedenken in den USA über die Durchsetzungsmaßnahmen der Arbeitsvorschriften beruhigen werden, bleibt allerdings abzuwarten. (kw).

Gegenwind für Green New Deal im Kongress

Eine Abstimmung der in beiden Kongresskammern eingebrachten Resolution *Green New Deal* hat am Dienstag im Senat nicht die notwendige Stimmenanzahl erhalten. 57 Mitglieder des Senats stimmten gegen die Resolution, die 60 Ja-Stimmen benötigt hätte, um eine offizielle Debatte im Senat einzuläuten.

Der Green New Deal, eingebracht von Senator Ed Markey (D-MA) und der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY), beinhaltet einen Zielkatalog zur Erreichung ambitionierter Klimaziele und zur Reduzierung wirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Die Republikaner im Kongress stehen der Resolution kritisch gegenüber - vor allem mit Blick auf die Realisierung und die gesamtwirtschaftliche Verträglichkeit. Es gibt jedoch auch in den Reihen republikanischer Senatoren Stimmen, die sich intensiv mit den Herausforderungen des Klimawandels auseinandersetzen. So forderte in dieser Woche Senator Lamar Alexander (R-TN) eine Verdoppelung der staatlichen Ausgaben im Bereich umweltfreundlicher Energieforschung.

Auch in der demokratischen Partei ist der *Green New Deal* nicht unumstritten und die innerparteiliche Meinungsfindung scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. In der Senatsabstimmung enthielten sich deshalb 43 Demokraten ihrer Stimme. Zum Verfahren der Abstimmung kritisierte die Abgeordnete Ocasio-Cortez, dass durch den frühen Zeitpunkt der Abstimmung nicht ausreichende Zeit für eingehende Beratungen zur Resolution möglich waren. Der Zeitpunkt der Abstimmung über die Resolution im Abgeordnetenhaus ist noch nicht bekannt. (kw)

USA-Forum Hannover Messe: Erfolgreich in stürmischen Zeiten

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA sind für deutsche Unternehmen als Absatzmarkt und Investitionsstandort von herausragender Bedeutung. Rund 9 Prozent der deutschen Exporte geht in die USA, vor allem Investitionsgüter für die US-Industrie. Zudem befindet sich ein großer Teil des Bestands an deutschen Direktinvestitionen im Ausland in den USA. Die US-Steuerreform und die gute Industriekonjunktur haben zuletzt für eine hohe Nachfrage nach Produkten aus Deutschland gesorgt. Doch wie gehen die Unternehmen mit den Veränderungen in der US-Handelspolitik, Zollandrohungen und dem neuen nordamerikanischen Freihandelsabkommen USMCA um?

als *Assistant Secretary* für Investitionssicherheit im US-Finanzministerium ernannt. Die neue Stelle wurde im Sommer letzten Jahres durch das Gesetz zur Modernisierung des CFIUS-Prozesses (*Foreign Investment Risk Review Modernization Act, FIRRMA*) geschaffen. Feddo wird in der Position die Überprüfung der ausländischen Investitionen in den USA verantworten. Heath Tarbert, der *Assistant Secretary* für internationale Märkte, fungiert gegenwärtig als Vorsitzender des CFIUS. Feddo arbeitet derzeit als *Deputy Assistant Secretary* für Investitionssicherheit. Zuvor war er als Rechtsanwalt im Bereich des internationalen Handelsrechts und in anderen Behörden des Finanzministeriums (z.B. OFAC) tätig. (ch)



Diese Fragen sowie Erfolgsstrategien im USA-Geschäft stehen im Mittelpunkt der Podiumsveranstaltung, die GTAI gemeinsam mit den Partnern DIHK, Deutsche Messe, der AmCham Germany und der IHK Hannover veranstaltet.

Die vollständige Ankündigung finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

